

Transformationen des deutschen Parteiensystems und der nationalistische Autoritarismus

Das deutsche Parteiensystem durchlebt einen tiefgreifenden Wandel. Viele Beobachter sahen in den Ergebnissen der Landtagswahlen 2018 in Bayern und Hessen zudem eine neue Qualität heraufziehen, eine beschleunigte „Erosion des Parteiensystems“, gekennzeichnet durch die Wahlerfolge einer antipluralen, autoritären Partei und durch das vermeintliche Ende der alten „Volksparteien“. Der erste Teil dieses Beitrages stellt diesem Befund einige Beobachtungen entgegen, die für eine relative Stabilität des bundesdeutschen Parteiensystems sprechen. Stattdessen wird von tektonischen Verschiebungen innerhalb des Parteiensystems ausgegangen, die für einzelne Parteien oder Parteitypen krisenhaft werden können. Der Zusammenhang von Differenzierungen und Fragmentierungen im Parteiensystem mit Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dem Auf- und Abstieg von Berufsgruppen und sozialen Klassen wird dabei weitgehend ausgeblendet und damit auch die Frage, inwieweit die Veränderungen im Parteiensystem entsprechende Kämpfe um die Beteiligung dieser Klassen am Staatsapparat und Zugang zu Herrschaftsfunktionen ausdrücken. Stattdessen wird im zweiten Teil auf die Verschiebungen im Verhältnis zwischen politischem, gesellschaftlichen und ökonomischem Feld geblickt und vorgeschlagen, die jüngsten Transformationen im Parteiensystem allgemeiner als politisch unterschiedlich gerichtete Gegenbewegungen zur „Herrschaft der Ökonomie“ zu betrachten.

Stabilität des Parteiensystems

Parteien bleiben die bevorzugte Form, in der die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei Wahlen, ihre politischen Entscheidungen für die mittlere Zukunft ins politische System kommunizieren. Bei aller seit den späten 1980er Jahren immer wieder vermeldeten Parteienverdrossenheit bleibt die Legitimation der bundesdeutschen Parteien hoch. Sie repräsentieren in der Summe einen im internationalen Vergleich hohen Anteil von Wahlberechtigten, sieht man von Staaten mit einer allgemeinen Wahlpflicht ab. Seit 2015/16 und anlässlich der Bundestagswahl 2017 wurden, im Vergleich mit der Bundestagswahl 2013, starke Anzeichen einer Rückkehr gesellschaftspolitischer Themen in den Alltag ausgemacht.¹

¹ Vier Wochen vor dem Wahltermin war die Bundestagswahl Thema von Alltagsgesprächen bei 29% der Befragten 2013 und bei 45% in 2017. Statt privater Themen wie Urlaub, Gesundheit usw. dominierten 2017 politische Themen Alltagsgespräche, und zwar Donald Trump, Flüchtlingssituation, Türkei, Diesel-Affäre (Thomas Petersen [Institut für Demoskopie Allensbach]: Die Leute reden wieder über Politik; FAZ, 9.6.2017, S. 8). Die Frage nach den beiden wichtigsten Themen erbrachte seit 2015 mit dem vielfältigen Thema „Flüchtlinge“ wieder ein ähnlich dominierendes Signalthema wie in den 2000er Jahren das Thema „Arbeitslosigkeit“ (vgl. die Langzeitreihe des „Politikbarometers“ der Forschungsgruppe Wahlen – <https://www.forschungsgruppe.de/>

Die Stabilität des deutschen Parteiensystems gründet im grundgesetzlich verbrieften Parteienprivileg, nämlich „an der politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken. Ihre Gründung und Existenz sind nicht nur grundgesetzlich geschützt. Durch direkte und indirekte rechtliche (Parteiengesetz, Wahlgesetze) und finanzielle Förderung ist ihnen eine herausgehobene Akteursrolle im politischen Prozess gesichert.² Ihre Aufgabe ist es, Probleme und Themen für öffentliche Debatten zu definieren, die Meinungen und Interessen zu politisieren und so dazu beizutragen, kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten. Die Parteien bzw. ihre gewählten Parlamentsmitglieder bleiben die wichtigsten Transmissionsriemen gesellschaftlicher Veränderungen in staatliches Handeln. Ob sie die Veränderungen in beide Richtungen in notwendigem und angemessenem Maße vermitteln, steht auf einem anderen Blatt. Das Ansehen der Parteien insgesamt scheint schlecht. Von allen staatlichen und parlamentarisch-demokratischen Institutionen genießen sie bereits seit langem das geringste Ansehen. Nur ein Fünftel der Befragten bringt „den Parteien“ insgesamt Vertrauen entgegen. Aber der Partei, die man wählt, vertrauen mehr als zwei Drittel der Befragten³.

Ein wichtiger Indikator für die Legitimität des Parteiensystems ist die Entwicklung der Beteiligung an Wahlen über mehrere Perioden hinweg. Zuletzt stieg die Wahlbeteiligung auf Bundes- und Länderebene wieder an. Statt 29,2% in 2009 und 28,5% in 2013 verzichteten 2017 „nur“ noch 23,8% der Wahlberechtigten auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl. Bemerkenswerter noch ist, dass lediglich 4,5% der Wahlberechtigten Parteien gewählt hatten, die es nicht in den Bundestag schafften. Bei der Vorwahl waren hingegen 12,0% der Wahlberechtigten trotz Wahlteilnahme mit ihrer Entscheidung parlamentarisch nicht repräsentiert worden, nach 5,2% im Jahr 2009. Ähnlich hohe Ausschläge gab es bei den Wahlen 1990 (8,0% der Wahlberechtigten) und 1969 (9,0%), allerdings gingen diese Raten nach 1990 nicht wieder so stark zurück wie nach 1969. Bildete die Zusammensetzung des Bundestages von 2013 bis 2017 die Wahlentscheidungen von knapp 60% der Wahlberechtigten ab, so sind dies seit der letzten Wahl die Entscheidungen fast 72% – ein Wert, der sich nur unwesentlich von den Ergebnissen 2002 und 1990 unterscheidet. Die Regierungsparteien repräsentieren knapp über 40% der Wahlberechtigten, deutlich mehr als die Regierungen von 2009 oder 1994, 1998, 2002 (vgl. Datenreihe in der nachstehenden Tabellen 1). Von einer Erosion des Parteiensystems kann aus dieser Perspektive nicht gesprochen werden.

Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung - Themen im Ueberblick/)

² „Heute ist jede Demokratie zwangsläufig ein Parteienstaat.“ (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 5.4.1952 – BverfGE 1, S.224). Das System der Wahlkampfkostenerstattung wurde mit Urteil des Verfassungsgerichts vom 9.4.1992 durch eine permanente staatliche Teilfinanzierung der Parteien ersetzt (BVerfGE 85, S. 264ff.).

³ Vgl. z.B. policy matters für die Hans-Böckler-Stiftung: Richard Hilmer et al.: Einstellung und soziale Lebenslage. Düsseldorf 2017.

Tabelle 1: Wahlbevölkerung und Repräsentation (Bundestagswahlen 1969 bis 2017) (Anteile/Zweitstimmen in v.H. der Wahlberechtigten)							
	BTW 69	BTW 72	BTW 76	BTW 80	BTW 83	BTW 87	BTW 90
Keine Beteiligung	13,3%	8,9%	9,3%	11,4%	10,9%	15,7%	22,2%
Repräsentation der (Zweit-)Stimmen für Parteien durch Parlament und Regierung							
nicht parlamentarisch	9,0%	1,6%	1,6%	2,6%	1,2%	1,9%	8,0%
parlamentarisch	77,7%	89,5%	89,1%	86,0%	87,9%	82,4%	69,8%
in Regierung	41,3%	49,0%	45,4%	46,9%	49,2%	44,6%	42,2%
Repräsentation der (Zweit-)Stimmen durch Parteien							
von Union repräsentiert	36,4%	40,5%	43,7%	39,1%	43,1%	37,0%	33,7%
von SPD repräsentiert	36,4%	41,4%	38,3%	37,6%	33,7%	30,9%	25,7%
beide „Volksparteien“	72,7%	82,0%	82,0%	76,7%	76,8%	67,9%	59,4%
andere Parteien	12,5%	8,4%	7,9%	11,1%	11,5%	15,6%	17,5%
	BTW 94	BTW 98	BTW 02	BTW 05	BTW 09	BTW 13	BTW 17
Keine Beteiligung	21,0%	17,8%	20,9%	22,3%	29,2%	28,5%	23,8%
Repräsentation der (Zweit-)Stimmen für Parteien durch Parlament und Regierung							
nicht parlamentarisch	3,9%	5,8%	6,4%	4,2%	5,2%	12,0%	4,5%
parlamentarisch	75,1%	76,4%	72,6%	73,4%	65,6%	59,5%	71,6%
in Regierung	37,7%	38,6%	36,8%	53,1%	33,7%	47,5%	40,3%
Repräsentation der (Zweit-)Stimmen durch Parteien							
von Union repräsentiert	32,3%	28,5%	30,1%	26,9%	23,6%	29,3%	24,8%
von SPD repräsentiert	28,4%	33,2%	30,1%	26,2%	16,1%	18,2%	15,5%
beide „Volksparteien“	60,6%	61,7%	60,2%	53,1%	39,6%	47,5%	40,3%
andere Parteien	17,3%	19,4%	17,9%	23,4%	30,1%	23,1%	35,1%

Datenquelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnungen.

Die Repolitisierung im Alltag führte zu einer gestiegenen Wahlbeteiligung. Das polarisierende Auftreten einer neuen Partei, der AfD, trug dazu bei. An der Bundestagswahl 2017 beteiligten sich 7,2 Mio. vormalige Nichtwähler und Nichtwählerinnen, von denen 28% die Unionsparteien, 20% die AfD,

19% die SPD, 11% die FDP und je 8% die Grünen und Die Linke wählten.⁴ Alle Parteien konnten unter vorherigen Wahlenthaltern mobilisieren, die AfD überdurchschnittlich.

Die seit den Landtagswahlen 2016 regelmäßig wieder steigende Wahlbeteiligung führte zu keiner qualitativen Veränderung in der sozialräumlich manifestierten sozialen Schieflage der Beteiligung. In großstädtischen Stimmbezirken, in denen hohe Einkommen und höhere formale Bildungsabschlüsse verbreitet sind, liegt die Beteiligungsrate weiterhin sehr deutlich über derjenigen in Stimmbezirken, deren Wahlbevölkerung sozialstrukturell durch niedrigere Einkommen und formale Bildung, durch schlechtere Arbeitsmarktchancen und einen höheren Anteil nicht wahlberechtigter Einwohner charakterisiert ist. Weniger die individuelle soziale Lage als deren sozialräumliche Häufung beeinflusst die Wahrscheinlichkeit einer Wahlbeteiligung. So gehen „Arbeiter“ oder „Arbeitslose“, die in Vierteln mit dominierender (klein-)bürgerlicher Lebensweise wohnen, häufiger wählen als „Arbeiter“ oder „Arbeitslose“ in Vierteln, die von proletarischen Lebenslagen geprägt sind. Hierbei handelt es sich um eine sozialräumlich ausgeprägte Abwendung von (über Parteien vermittelter) Politik, die mit dem Ende des (sozialdemokratischen) Vollbeschäftigungsversprechens in den von De-Industrialisierung bedrohten großen Städten der 1980er Jahre begann, sich sozial fortpflanzte und mit der Abkehr vom sozialstaatlichen Versprechen der Lebensstandardsicherung in den 2000er Jahren einen neuen Schub erhielt.

Möglicherweise liegt in dieser anhaltenden Abwendung eines Segments der Wahlenthalter der Grund, warum die Mitte-Rechts-Parteien mit zusammen 60% entschieden besser als die Mitte-Links-Parteien unter vormaligen Nichtwählern abschnitten. Diese Asymmetrie korrespondiert mit den medial und in Alltagsgesprächen bestimmenden Themen innerer und äußerer Sicherheit und der seit 2005 sich zunehmend herausbildenden strukturellen Mehrheit der Mitte-Rechts-Parteien (Union, FDP, AfD) gegenüber den Mitte-Links-Parteien (SPD, Grüne, Linke).

Das erfolgreiche Auftreten einer neuen Partei spricht weniger für eine Erosion, vielmehr für die Anpassungsfähigkeit des Parteiensystems als solchem. Bereits seit zwei Jahrzehnten feierten Parteien im rechten Spektrum vereinzelt Wahlerfolge (Republikaner, Schill-Partei, Statt-Partei, DVU, NPD), ohne sich auf mittlere Sicht und bundesweit etablieren zu können. Mit dem Erfolg der AfD könnte diese Etappe zu Ende gegangen sein. Für Anpassungsfähigkeit statt für Erosion sprechen auch die Varianten, dass bestehende Parteien ihren Charakter als „Volksparteien“ verlieren oder aus dem parlamentarischen Leben abgewählt werden.

In einer zeitlich längeren Perspektive fallen Veränderungen in der Beziehung zwischen Parteien und Wahlberechtigten ins Auge. In der Wahlforschung ha-

⁴ So die Ergebnisse der Wahltagsbefragungen und Berechnungen von Infratest dimap. Danach standen den 7,23 Mio. mobilisierten Wahlberechtigten 3,93 Mio. demobilisierte gegenüber, davon 41% frühere Unionswähler, 26% SPD-Wähler aber auch 7% AfD-Wähler von 2013.

ben sich hierfür Begriffe wie abnehmende Bindungskraft der Parteien, wachsende Wechselbereitschaft (Volatilität) der Wählenden und zunehmende Bedeutung kurzfristiger, taktischer Erwägungen bei der Wahlentscheidung herausgebildet.⁵ Diese Begriffe bilden indes eher die Perspektive der Parteien ab, aus deren Sicht die Wahlentscheidungen zunehmend unberechenbar werden.

Aus der Sicht der Wählenden sind Begriffe wie wachsende Skepsis, Emanzipation aus tradierten ideologischen Bindungen und Eigensinn angebrachter: Bürgerinnen und Bürger nehmen sich die Freiheit, ihre politischen Hoffnungen und Vorstellungen nicht mehr vertrauensvoll und langfristig an eine Partei zu binden, sondern entscheiden in zunehmenden Maße von Fall zu Fall. Auch verkürzen sich ihre Erwartungshorizonte auf die unmittelbar kommenden Jahre, da sich die allgemeinen Planungshorizonte stark verringert haben.⁶

Gleichwohl werden Parteiwechsel nicht beliebig. Nachhaltig enttäuschte frühere Stammwähler werden eher zu Nichtwählern als zu Stammwählern einer anderen Partei. Lockerung der Parteibindung heißt auch, dass mehrere Parteien auf dem Auswahlzettel stehen und bei der abwägenden Entscheidung nicht nur Personen, ideologische Nähe und Sachthemen, sondern auch mögliche Koalitionskonstellationen eine Rolle spielen. Die gelockerte Bindung zwischen Partei und Wähler fällt zusammen mit der wachsenden Varietät politischer Beteiligungsformen und einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit.

Bürgerbeteiligungsverfahren, Bürgerinitiativen, die demokratische Zivilgesellschaft und direktdemokratische Verfahren bis auf die Landesebene haben die frühere Monopolstellung der Parteien im politischen Prozess beschränkt. Einzelne thematische Anliegen, aber auch allgemeineres gesellschaftspolitisches Engagement lassen sich, so seit längerem die Sicht vor allem Jüngerer, außerhalb der Parteien gezielter verfolgen. Parteien werden dabei oft als störend empfunden. Still-schweigend vorausgesetzt wird am Ende aber meist die parlamentarische Tätigkeit von Parteien, die dem Anliegen institutionelle Gestalt geben, z.B. als Ausgabentitel im Haushaltsplan. Zur Kehrseite dieser Öffnung zählt die damit verbundene Vertiefung sozialer Ungleichheit in der politischen Teilhabe. Denn die Produktionsinstrumente des Politischen – Zeit, Information, Wissen, Sprechfähigkeit, Kommunikationsmittel, kurz soziales und kulturelles Kapital (Bourdieu) – sind in der Gesellschaft ungleich verteilt.⁷

Mit der Vervielfältigung mehr oder weniger institutionalisierter Formen direkter politischer Beteiligung verlor die Mitgliedschaft in einer Partei an Attraktivität,

⁵ Vgl. zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren Oskar Niedermayer (2018): Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2018, S. 286-303.

⁶ Gefragt, wie lange man die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse vorausplanen könne, antworteten unter den 30-59-jährigen Befragten über 50% gar nicht (17%) oder weniger als 5 Jahre (37%). (Renate Köcher, Generation Mitte 2018, Berlin 2018)

⁷ Vgl. Pierre Bourdieu (1991/2007): Die politische Repräsentation; in: Effie Böhlke/Rainer Rilling (Hrsg.): Bourdieu und die Linke, Berlin 2007, S. 271-307.

auch wenn die Mitgliederzahl in jüngster Zeit wieder leicht gestiegen ist. Insgesamt ging die Mitgliederzahl der beiden großen Mitgliederparteien Union und SPD in den vergangenen 25 Jahren um mehr als die Hälfte zurück. Die verbliebenen Mitglieder sind im Durchschnitt älter als die Gesellschaft. Mit der Mitgliederzahl sank die Alltagspräsenz der Politik- und Partei-Erklärer in den Kleingärten- und Kleintierzüchtervereinen, in den Sportvereinen, Gewerkschaften und Kirchengemeinden, in Betrieben und im Viertel. Insbesondere die Sozialdemokratie litt zudem darunter, dass ein sozialer Aufstieg aus der Arbeiterschaft spätestens in der Folgegeneration mit einem Wegzug aus den „Arbeitervierteln“ verbunden wurde. So verschwanden Vertrauenspersonen aus dem gemeinsamen Alltag, an deren Haltung und Urteil man sich orientieren konnte.⁸ Die mit den alltäglichen Besorgnissen bestens vertrauten Erklärer der (Partei-)Politik transportierten umgekehrt, wenn es innerparteilich gut lief, auch den „Alltagsverstand“ (Gramsci) in die Parteigremien. An ihre Stelle traten, im Wechselspiel mit der wachsenden Rolle von Marketing-Experten in den Parteizentralen, professionelle Meinungs- und Stimmungsforscher. Die Abwesenheit von Parteimitgliedern in etlichen Segmenten des Alltagslebens nährt zusammen mit der Professionalisierung des Politikbetriebs den vielfachen Verdacht, dass die Politiker gar nicht mehr wüssten, wie es im „wirklichen Leben zugeht“.

Parallel zum Entfremdungsprozess zwischen Parteien und Alltagsleben verlief ein erneuter Strukturwandel der (politischen) Öffentlichkeit, der das zentrale Kommunikationsmedium von Politik radikal veränderte. Parteimedien verschwanden bereits früh; die Zulassung privater Sender trieb dann die kapitalistische Landnahme in den elektronischen Medien voran, Privatisierung und Ökonomisierung veränderten die Gesetzmäßigkeiten der medialen Aufmerksamkeitsökonomie und damit der politischen Kommunikation in Richtung Personalisierung und „Politainment“⁹. „Die Medien“ wurden zu einem eigenständigen Akteur im politischen Feld, der nachhaltigen Einfluss auf die politische Themenagenda nehmen kann. Gleichzeitig forcierten die ökonomisierten Filter der medialen Aufmerksamkeit die Entfremdung zwischen Alltagswelten und medial vermittelter Welt.

Entscheidender für die Rückwirkungen des Strukturwandels auf das Parteiensystem ist die damit verbundene Ausbreitung fragmentierter, sozial und kulturell segmentierter Teilöffentlichkeiten des Politischen, die mit den digitalen „sozialen“ Medien einen zusätzlichen Schub erhalten hat. Soziale Schichten, kulturelle Milieus, Vorlieben und Anliegen, die zuvor in der politischen Öffentlichkeit nicht zur Sprache kamen, geschweige denn Gehör fanden, können sich mittlerweile ihre eigenen Teilöffentlichkeiten schaffen, deren Bestand wiederum wesentlich von der Abschottung gegenüber anderen abhängt. Mit

⁸ Vgl. Franz Walter (2017): Die Weissagung des Michael Young. Über die fatalen Ambivalenzen des Projekts der sozialdemokratischen Chancengesellschaft; in: Neues Deutschland, 11.09.2017, S. 10.

⁹ Vgl. Andreas Dörner (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt/M.

der gemeinsamen öffentlichen Arena, in der unterschiedliche Interessen und Perspektiven auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgefochten werden, schwindet die Bereitschaft zur Vermittlung. Und drittens bringt die neue Medienlandschaft eine Vielzahl von „Influencern“ hervor, die für die politische Meinungsbildung zumal bei Jüngeren bedeutsamer sein können als die parteipolitischen Akteure. Moderne Technologien führten zur Dezentralisierung einiger wichtiger Produktionsmittel von Politik, die zuvor in Parteihänden monopolisiert waren. Gleichzeitig ermöglichten sie, dass für verschiedene soziokulturelle Lebenslagen eigene Öffentlichkeiten entstehen konnten, wodurch Parteien eine solche Verschiedenheiten übergreifende Vermittlung und Bindung erschwert wird.

Die behauptete Stabilität des ‚Parteiensystems im Wandel‘ kann für die Zukunft nicht sicher vorausgesetzt werden. In dem Maße, in dem Parteien sich nur noch als Akteure verstehen, die ständig auf einem „Wählermarkt“ mit unterschiedlichen „Angeboten“ konkurrieren, verlieren sie ihren inneren, über die Mitgliedschaft immer wieder neu produzierten gesellschaftspolitischen Kompass und damit innere Stabilität. Zwar werden Parteien nicht verschwinden, so lange sie (grund-)gesetzlich privilegiert sind. Aber sie könnten ihren Charakter in Richtung personalisierter Bewegungsparteien bzw. Mobilisierungsmaschinen etwa nach dem Muster der Verwandlung der österreichischen Volkspartei ÖVP in eine „Liste Kurz“ verändern.

Wandel im Parteiensystem

Die äußere Stabilität des Parteiensystems über Zeitperioden mit erheblichen sozialen und politischen Umbrüchen hinweg zeugt von seiner Fähigkeit, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Diese Stärke ist nicht zuletzt dem Verhältniswahlrecht geschuldet, welches kleineren oder neuen Parteien deutlich leichter als das Mehrheitswahlrecht in anderen Staaten die parlamentarische Repräsentation ihrer Wählerinnen und Wähler ermöglicht. Statt der Mehrheit in einem Wahlkreis reicht die Überwindung der Sperrklausel für einen Platz auf und hinter der politischen Bühne. Das Parteiensystem hat sich von einem Zweiparteiensystem mit einer kleinen Funktionspartei zu einem Vielparteiensystem ohne Funktionspartei gewandelt. Im Bundestag sind erstmals sieben Parteien in sechs Fraktionen vertreten. Die meisten Landesparlamente sind inzwischen ebenfalls Fünfparteienparlamente. Das Parteiensystem wurde vom Wähler fragmentiert. Das geschah über längere Zeit hinweg.¹⁰

Den beiden ehemals großen („Volks-“)Parteien gelingt es recht eigentlich schon seit Mitte der 1980er Jahre nur noch in abnehmenden Maße, durch Klassen- und soziokulturelle Lebenslagen übergreifende politische Vorhaben Wahlberechtigte durch wechselseitige Polarisierung gesellschaftspolitischer

¹⁰ Vgl. zum folgenden Abschnitt auch: Rainer-Olaf Schultze (2018): Realignment oder das Ende normaler Politik? Wahlen im Wandel des historisch-politischen Kontextes; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/2018, S. 729-743

Richtungen an sich zu binden. Erstmals 1987 repräsentierten Union und SPD seit dem Ende der 1950er Jahre nur noch zwei Drittel der Wahlberechtigten, bis 2002 dann jeweils um die 60%, 2005 zeichnete sich ein neuer Einbruch mit 53,1% ab, 2009 und 2017 waren es jeweils 40%, 2013 zwischenzeitlich wieder knapp 50% der Wahlberechtigten.

Ähnliches gilt auch für die Landtagswahlen 2018: Was im Vergleich zur Vorwahl als Erdbeben erscheint, sieht im Lichte der Vorvorwahl weit weniger dramatisch aus. Die Verluste beider großen Parteien gehen mit einem Aufstieg neuer Parteien, aber nicht mit einer generellen Abwendung von Parteien und Politik einher. Im Durchschnitt der letzten drei Bundestagswahlen vereinigte die Union etwa ein Viertel der Wahlberechtigten hinter sich, die SPD noch ein Sechstel. Der sozialdemokratische Absturz fand indes bereits nach der Bundestagswahl 2005 statt. Bei den drei folgenden Bundestagswahlen blieb die Partei, bereinigt um die schwankende Wahlbeteiligung, etwa gleich stark (vgl. zu allen Angaben ebenfalls Tabelle 1a und b). Neu ist das Wegbrechen in einer Reihe von Landtagswahlen vor und nach der letzten Bundestagswahl.

Für die Wandlungsfähigkeit des Parteiensystems spielen die Wahlen auf Länderebene, denen ausweislich der niedrigeren Wahlbeteiligung von den Wahlberechtigten eine geringere Bedeutung zugewiesen wird, eine wichtige Rolle. Mit dem Erfolg bei Landtagswahlen beginnen in der Regel neue Parteien ihren Aufstieg, mit dem Erfolg bei einer anschließenden Bundestagswahl gelingt der vorerst stabilisierte Durchbruch, so bei den Grünen und der AfD, nicht aber bei den Republikanern, der DVU, der Schill- und der Statt-Partei, der NPD oder der Piratenpartei, die es jeweils mit teils zweistelligen Ergebnissen in einen oder mehrere Landtage geschafft hatten. Die Partei Die Linke bildet eine Ausnahme: Als regionale Volkspartei PDS war sie 2002 aus dem Bundestag gewählt worden und schaffte zusammen mit der WASG als neue Hybridpartei „Linkspartei.PDS“ direkt den Einzug in den Bundestag. Ihr gelang noch nie, was allen anderen Fraktionen im Bundestag gelungen ist: mindestens einmal in allen Landesparlamenten vertreten zu sein.

Die Fragmentierung des Parteiensystems zu einem Vielparteien-System hat erhebliche Auswirkungen auf die Regierungsbildung und den Parteienwettbewerb. Je mehr Parteien bei Wahlen erfolgreich sein können, desto bedeutsamer wird es, zwecks Unterscheidbarkeit eine spezifische Parteiidentität herauszubilden. Identitätspolitische Abgrenzungsrituale gewinnen an Gewicht und damit an Eigendynamik. Je schärfer die Konturen einer Partei gezeichnet sind, desto geringer wird ihre Fähigkeit, über das eigene sozialmoralische oder ideologische Milieu hinaus die Strategie diffuser Stimmenmaximierung „in der Mitte“ zu verfolgen.

Gleichzeitig wächst der parlamentarisch-demokratische Zwang zur Zusammenarbeit. Die Wählerinnen und Wähler wählen Parteien, nicht Regierungen. Mit der Wahl erteilen sie als Wahlvolk den ins Parlament gewählten Repräsentanten den Auftrag, eine Regierung zu bilden und bis zur nächsten Wahl zu regieren. Die Regierungsbildung zählt zu den wichtigsten Funktionen des de-

mokratischen Parteiensystems. Keine Regierung zu bilden ist aus demokratietheoretischer wie -praktischer Sicht keine Option. In der bundesdeutschen Tradition stehen die Formen der Minderheitsregierung oder der Regierung mit wechselnden Mehrheiten dafür nicht zur Verfügung, so dass diese Pflicht gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen System zum – schnell quälenden – Dilemma werden kann. So etwa, wenn aufgrund taktischer Fehler der Parteiführung entgegen der ursprünglichen Ankündigung doch wieder die gleiche Koalition eingegangen werden muss oder wenn, wie in Sachsen-Anhalt, gar lagerübergreifende Koalitionen gebildet werden müssen, um eine radikal nationalistische und autoritäre Partei wie die AfD von der Regierung fernzuhalten. Jedenfalls hat sich in den Landesparlamenten eine Vielzahl von Koalitionsfarben herausgebildet, darunter mehrere Dreiparteien-Koalitionen.

Der Wandel innerhalb des Parteiensystems von einem Zweiparteien- zu einem Vielparteiensystem mit mehreren Parteien mittlerer Größe hat die bundesdeutsche Parteipolitik in eine paradoxe Situation manövriert. Durch Mehrparteienkoalitionen, zumal lagerübergreifenden, droht die Unterscheidbarkeit der Parteien weiter zu schwinden. Profilierungen auf Kosten der Koalitionspartner erscheinen ein probates Mittel, wodurch sich der Eindruck der Zerstrittenheit und Instabilität erhöht. Im Zusammenspiel mit Teil-Öffentlichkeiten wachsen die Chancen neuer Parteien, die vermeintliche Einheitlichkeit z.B. als „neoliberale Einheitssoße“ oder „Altparteienkartell“ erfolgreich attackieren zu können. Gleichzeitig gerät die Stabilität des politischen Parteiensystems insgesamt in Gefahr, wenn blockierte Regierungsbildungen zur Alltagserfahrung werden sollten. Die spezifische bundesdeutsche Wertschätzung stabiler Regierungskoalitionen legt die Vermutung nahe, dass die Zukunft des Parteiensystems hierzulande eng mit der Regierungsstabilität verbunden ist.

Eine neue Epoche des Autoritarismus?

Wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Parteigründungen sind „Repräsentationslücken“. Sie lassen sich auf den sozialen Wandel und die Verfeinerung der gesellschaftlichen, speziell der beruflichen Arbeitsteilung, der damit verbundenen Anerkennungsverhältnisse und Ausdifferenzierung der Interessenlagen zurückführen, wodurch die Interessenvermittlung in einer Partei schwieriger wird. Lückenhaft repräsentiert werden weniger diese sozialen Wandlungsprozesse selbst und mehr die damit verbundenen subjektiven Verarbeitungen: Hoffnungen, Verletzungen, Gesellschaftsbilder, Selbst- und Fremdwahrnehmungen, Statusfragen. „Repräsentationslücken“ haben immer eine starke affektive Schlagseite. Existierende Parteien sehen sich vor die Aufgabe der Erneuerung gestellt, ohne sich halbwegs sicher sein zu können, dabei mehr zu gewinnen als zu verlieren zu haben.

Die Grünen repräsentierten die Kritik an industrieller Umweltzerstörung und den milieubildenden Widerspruch zu einem kapitalistisch durchformten und normierten Alltag. Die PDS erstarkte als Anwältin missachteter und gering

geschätzter DDR-Alltagserfahrungen und „Lebensleistungen“. Die Linke reüssierte 2005 und 2009 als neue politische Heimat aufgebener sozialdemokratischer Wertetraditionen. Die Piratenpartei scheiterte bei dem Versuch, parteipolitische Form der unter Jüngeren verbreiteten Hoffnungen zu werden, mittels digitaler Technologien Politik demokratisieren und gesellschaftliche Prozesse besser organisieren zu können. Die AfD sammelt erfolgreich die schon immer vorhandenen, zuvor aber in anderen Parteien gebundenen autoritären, fremdenfeindlichen, ressentimentgeladenen Potentiale, die sich dort nicht mehr vertreten fühlen und besonders in der mittleren Generation verbreitet zu sein scheinen.¹¹

Diese Art von Erklärungen für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien stellt auf immer schon vorhandene sozialpsychologische Potentiale ab. Sie kann auf zahlreiche empirische Studien verweisen, die solche Einstellungen bei 20-25% der Wahlbevölkerung quer durch alle sozialen Schichten bereits für die 1970er Jahre nachweisen. Unbeantwortet bleibt indes die Frage nach dem Zeitpunkt: „Warum gerade jetzt?“ – im Gegensatz zum Scheitern der NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre oder ein knappes Vierteljahrhundert später der Republikaner. Eine spezifische Antwort findet sich, wenn der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und ihre Transformationen nicht allein als Erfolg spezieller inhaltlicher Positionen, sondern allgemeiner als Rückkehr des Autoritarismus untersucht und unterschiedliche, meist jeweils monokausal angelegte Erklärungsmuster quasi arbeitsteilig verbunden werden.

Bereits in den späten 1990er Jahren gab es Warnungen vor einem heraufziehenden „autoritären Jahrhundert“¹². Das Verhältnis zwischen den drei unterschiedlichen Systemen des Ökonomischen, des Sozialen und des Politischen und ihrer jeweiligen Handlungslogiken sei aus der Balance geraten. Die Ökonomie dominiere Gesellschaft und Politik. Die globale Organisation der Ökonomie entleere demokratische Politik und entwerte die auf Kooperation, Integration und Solidarität orientierte Handlungslogik des Sozialen. Stichworte hierfür wären die „marktkonforme Demokratie“ einerseits und die innere Logik der um das „unternehmerische Selbst“ zentrierten Arbeitsmarktreformen andererseits. Mit anderen Worten: Die Ökonomie verzeichnet enorme Kontrollgewinne, das Soziale und das Politische erleiden Kontrollverluste (teils in Form der Selbstentmachtung). Die demokratische Balance zwischen den Be-

¹¹ Für ein gewisses Generationen-Phänomen sprechen die in der Regel überdurchschnittlichen Stimmenanteile der AfD unter 40-60jährigen (männlichen) Wahlberechtigten.

¹² Vgl. zu dieser These: Ralf Dahrendorf (1996): Die Quadratur des Kreises. Ökonomie, sozialer Zusammenhalt und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung.; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1996, S. 1060-1071; Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2001): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt/M., darin insbesondere die Beiträge von Klaus Dörre: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?; Michael Vester: Wer sind heute die „gefährlichen Klassen“? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel; sowie Wilhelm Heitmeyer (2018): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen.

reichen verwandelt sich in eine autoritäre Beziehung, in der die Ökonomie Unterordnung erwartet. Die strukturelle Dominanz des Ökonomischen fördert die Dominanz ökonomistischer Handlungslogiken, das Wettbewerbsdenken, prägt Subjektivität, wirkt zerstörerisch im Sozialen und entleerend im Politischen, welches zur Verwaltung von „Sachzwängen“ schrumpft.

Die von der kapitalistischen Ökonomie ausgehenden Desintegrationstendenzen (Krisenfolgen, Flexibilitätsdruck, Verfügbarkeit, Beschleunigung usw.) werden im sozialen und politischen Bereich nicht mehr aufgefangen, kontrolliert und moderiert. Desintegration und Demokratieentleerung nehmen weiter zu, was in der Bevölkerung wahrgenommen und verarbeitet wird, zunehmend in einer ökonomistischen Sprache und Gesellschaftsinterpretation. Verschiedene Studien¹³ stellen dar, wie das autoritäre Vordringen des Ökonomischen in andere soziale Bereiche, z.B. durch ungezügelter Drohung mit Arbeitsplatzverlust, die Vorstellungen von der Gleichwertigkeit aller Menschen unterspült und ökonomistische Einstellungen – gerade auch in den oberen Einkommensgruppen – die Ausbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit fördern und autoritäre Einstellungen wie autoritäre Aggression und autoritäre Unterwürfigkeit hervorbringen. Diese wiederum können von autoritären politischen Angeboten, Bewegungen und Parteien aufgegriffen werden, deren wachsender Einfluss wiederum Demokratieentleerung fördert.

Dieses Analyse-Modell hebt das Wechselverhältnis zwischen den großen strukturierenden Einheiten hervor. Gleichzeitig richtet es den Blick auf die subjektive Seite, wo die Wettbewerbslogik in Widerspruch steht zur politischen Logik des Interessenausgleichs und der sozialen Handlungslogik der Mitmenschlichkeit/Solidarität. Im Verein mit dem beschleunigten technologischen und sozialen Wandel reproduziert sich der Kontrollverlust der demokratischen Politik als individueller Kontrollverlust über die eigene Lebensführung und Biographie. Im Sozialen findet eine Entmischung von Lebenswelten zwischen peripheren Regionen und urbanen Zentren sowie innerhalb dieser Zentren statt. Die Rückkehr der „Proletarität“ (Karl-Heinz Roth) hat zur Wiederausbreitung proletarischer Lebenslagen geführt. Darüber breitete sich Zukunftslosigkeit aus: Nur eine klare Minderheit der Befragten erwartet in den letzten Jahren – in ökonomisch guten Zeiten – für sich und die Kinder Verbesserungen, die Mehrheit wäre froh, wenn es nicht schlechter wird. Dieser Zukunftspessimismus resultiert unmittelbar aus dem Kontrollverlust.

Autoritäre oder demokratische Gegenbewegung?

Offensichtlich hat diese vielfach und eher nebulös als „neoliberale Hegemonie“ zusammengefasste Entwicklung eine Grenze erreicht. Davon sprechen

¹³ Zu nennen sind ihr die Langzeitreihen der „Deutschen Zustände“ der Bielefelder Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer und Andreas Zick sowie die „Mitte-Studien“ der Leipziger Forschungsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker, nunmehr „Leipziger Autoritarismus-Studien“.

die Warnungen etwa der OECD vor zu großer sozialer Ungleichheit und daraus entstehenden Gefahren, sowohl für Innovation und Produktivität wie für den „sozialen Zusammenhalt“, d.h. für die zivile Austragung von Interessenkonflikten¹⁴ und den sozialen Frieden.

Klassenpolitisch wäre die Wiederkehr des Autoritarismus in seinen moderaten wie radikal-nationalistischen Formen als Widerstand gegen die Ausdehnung eines globalen selbstregulierenden Marktes sowohl innergesellschaftlich als über die traditionellen nationalstaatlichen Souveränitätsrechte hinweg zu verstehen. Hilfreich für ein solches Verständnis kann Karl Polanyis Pendel-Modell sein. Danach lösen die Ausweitung und Vertiefung de- und unregulierter Märkte für Arbeitskraft, ihre „Flexibilisierung“, und für andere fiktive Waren zwangsläufig eine entsprechende Gegenbewegung zum „Schutz der Gesellschaft“ aus, also eine Rückkehr des Staates. Nachdem zuvor sozialstaatliche Institutionen, Sozialpakete im Namen der Profitabilität erfolgreich angegriffen wurden, entsteht die Gegenbewegung nicht zuletzt aufgrund der geschwundenen Legitimation der ökonomischen Dominanz. Die Legitimation des systemischen Ganzen schwindet mit dem Offenbarwerden der Zerstörungen gesellschaftlicher Substanz. Im Zentrum dieses zurückschlagenden Pendels stehen die Erhaltung und der Schutz der Marktmacht der Arbeitskraft. Deshalb wird sie oftmals getragen von etablierten sozialen Schichten und Klassen, deren soziale Standards und berufliche Stellung sich in Auflösung befinden und die sich dem unzureichend geschützt und politisch verlassen ausgeliefert sehen.¹⁵

Schaut man auf die Anhängerschaft der AfD, so findet sie in der Tat überdurchschnittliche Zustimmung in sozialen Merkmalsgruppen, die in den letzten 25 Jahren aus einer dominanten in eine minoritäre Position geraten sind, deren Berufe und Lebensführungsmodelle den Zenit ihrer sozialen Flugbahn überschritten haben: männlich dominierte patriarchale Familien- und Lebensführungsmodelle, traditionelle Industrieberufe in schrumpfenden, abgewickelten Industrieregionen, Berufe mit mittleren Bildungsabschlüssen, vormalig exklusive soziale Positionen, die sich durch die Ausbreitung akademischer Qualifikationen entwertet sehen. Verbreitete Gefühle der Ungerechtigkeit gehören dazu, die an traditionelle Ressentiments anknüpfen können, etwa von Arbeitern gegen Akademiker und soziale Aufsteiger. Soziale Deklassierung kennt nicht nur materielle Verluste, sondern auch ohne materielle Einbußen erlittene Statusverluste – über alle sozialen Unterschiede hinweg.

Der Aufstieg eines radikal-nationalistischen Autoritarismus kann so als Teil einer solchen Gegenbewegung Polanyi'schen Typs, der Pendelbewegung zwi-

¹⁴ „Interessen“ verstehe ich hier nicht nur als „materielle Interesse“, sondern ebenso als „kulturelle“ Interessen an der Gültigkeit bestimmter Werte, Regeln usw., die dem eigenen Bild von einer „guten Gesellschaft, in der man gerne lebt“ entsprechen.

¹⁵ Vgl. Karl Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Wien 1977.

schen Profitabilität/Markt und Legitimität/Gesellschaft verstanden werden. Der „Selbstschutz der Gesellschaft“ kann, muss aber nicht diese autoritär-nationalistische Form annehmen. Demokratisch-sozialstaatliche Formen sind historisch ebenfalls denkbar. Die parteipolitische Repräsentationslücke wäre in diesem Sinne als Legitimationskrise der aktuellen Gestalt des aus der Balance geratenen kapitalistischen Gesamtsystems zu fassen. Diese Gegenbewegung kann auf die Wiederherstellung zerfallener Legitimationen gerichtet sein, z.B. das umfassende Wiederinkraftsetzen der Regeln der „Leistungsgesellschaft“.

Die Gegenbewegungen haben keine eindeutige klassenpolitische Verankerung. Die nationalistische Rechte formt sie mit einer schichten- und klassenübergreifenden ideologischen Klammer und mit der Anrufung der über Gesetz und Regierung stehenden plebiszitären Souveränität des exklusiven Volkes. Im Zentrum stehen dabei die äußere Bedrohung durch den Islam bzw. Migranten aus den islamisch geprägten Regionen und der „Verrat der Eliten“. Sie bedrohen in der Ansprache der oberen Schichten als „Muslime“ die volkswirtschaftliche Produktivität (Sarrazin), in der Ansprache der „alten“ Mittelschichten „als Ausbreitung des Islam“ die tradierten und bewährten kulturellen Lebensweisen (z.B. Gauland, Höcke) und in der Ansprache der unteren Schichten als „Flüchtlinge“ die ohnehin schlechte Wettbewerbsposition auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten. Der Rückbezug auf Nation und Volk bietet einen das rein Ökonomische transzendierenden Sinn und Legitimationszusammenhang; nicht zuletzt lassen sich mit der Zugehörigkeit auch Etabliertenvorrechte begründen. Hier liegt, mangels gleichwertiger Alternativen auf der linken Seite, gegenwärtig ein struktureller Vorteil der Rechten, wenn es für sie darum geht, mehr als das autoritär-nationalistische Kernpotential partei- und wahlpolitisch zu sammeln.

Emanzipation – Über die Marktmacht hinaus

Mit Marx lässt sich die Begrenztheit des Polany'schen Pendelmodells kritisieren, weil es die Möglichkeit menschlicher Emanzipation und gesellschaftlichen Fortschritts ausblendet und auf der Ebene der Marktmacht verbleibt. Früh, im Kommunistischen Manifest, wies Marx daraufhin, dass der „Fortschritt der Industrie“ zwar die „Marktmacht“ der Ware Arbeitskraft verringern möge, aber sowohl die „Produktionsmacht“ – der Arbeiter ist nicht einfach Ware Arbeitskraft – wie die „Organisationsmacht“ des Arbeiters tendenziell steigere.¹⁶ Marx vertraute auf die Entwicklung einer „stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (MEW 23, S. 790). Diese wiederum verfüge über alle Voraussetzungen, um das kapitalistische Kommando über fremde Arbeit und die knechtende Unterordnung unter die

¹⁶ Vgl. zur Unterscheidung der beiden Typen von (Arbeiter-)Bewegungen Beverly J. Silver (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg, hier besonders S. 30-44.

Arbeitsteilung zu überwinden. Gegenbewegungen des Marx'schen Typus wären demnach gegen die Herrschaft über fremde Arbeit, auf soziale Emanzipation und demokratische Selbstbestimmung der Arbeitskraft, also gegen ihren Warencharakter und nicht bloß auf Verbesserung ihrer Marktposition gerichtet bzw. beschränkt. Das transformatorische Potential erneuere sich mit den infolge des technologischen Wandels immer wieder neu entstehenden (sozialen, beruflichen) Klassen.¹⁷

Zu fragen wäre, wo der technologische und soziale Wandel zur Wissensökonomie in der gesamten Breite der gesellschaftlichen und beruflichen Arbeitsteilung die Hoffnungen und Vorstellungen hervorbringt, ein besseres Leben für sich und die Gesellschaft, auch mittels moderner Technologien, erreichen zu können, wenn die Dominanz der Profitabilität über die gesellschaftliche Entwicklung durch demokratische Selbstermächtigung zurückgedrängt, gar überwunden wird. Zweifellos finden sich solche Kräfte, sie werden aber politisch wenig repräsentiert.¹⁸ Zu diesem technologisch flankierten Wandel gehören auch die wachsende Bedeutung soziokultureller Kompetenzen, um sich auf transnationalen Arbeitsmärkten und Plattform-Unternehmen behaupten, aber auch selbsttätig vernetzen zu können.

In der Realität klassenpolitischer Auseinandersetzungen verschränken und kombinieren sich die beiden Bewegungs-Typen¹⁹. Der strukturelle Vorteil des Autoritarismus in seinen unterschiedlichen Spielarten liegt, vor der Folie des Polany'schen Pendels, in der Betonung der nationalstaatlichen Souveränität, von der dann eine Beschränkung der Arbeitsmarktkonkurrenz und Stärkung der Marktmacht einheimischer Arbeitskräfte erwartet wird. Politisch scheint eine klassenpolitische Polarisierung erfolgreich zu sein, die im sozialwissenschaftlich konstruierten Gegensatzpaar von „Kommunitaristen“ und „Kosmopoliten“ wohl ungewollten Flankenschutz erhält. Unter der Fahne des Kommunitarismus werden die von der ökonomischen und technologischen Entwicklung bedrohten bzw. sich bedroht fühlenden Schichten versammelt gedacht, unter der Fahne des Kosmopolitismus die von der gleichen Entwicklung „pro-

¹⁷ Die demokratische Selbstbestimmung über die gesellschaftliche und betriebliche Arbeitsteilung nahm verschiedene historische Formen an, etwa wirtschaftsdemokratische Konzepte, kommunalwirtschaftliche Unternehmen, betriebliche Mitbestimmung usw.

¹⁸ Verwiesen sei hier nur auf den Chaos Computer Club, die Re:Publica und andere Netzwerke. Ein Indiz für die Repräsentationslücke ist die geringe Bedeutung, die in vielen linken Kreisen traditionell der Forschungs- und Technologiepolitik beigemessen wird.

¹⁹ Die Reduktion auf zwei Idealtypen sollte nicht überstrapaziert werden. Mit der sozialen Abwärtsbewegung bestimmter Teile der Lohnarbeit (Deklassierung), die nicht zwingend mit materiellen Einbußen, immer aber mit Statusverlusten einhergeht, geraten auch bestimmte Lebensführungsmodelle in die gesellschaftspolitische Defensive, so dass mit guten Gründen auch von einer dritten, einer „patriarchalen“ Gegenbewegung gesprochen werden kann. Der Rückgriff auf die beiden Bewegungstypen dient vor allem als Vorschlag, den auch in der politischen Linken oft und nicht selten spaltend diskutierten Konflikt entlang der Gegenüberstellung Kommunitaristen vs. Kosmopoliten bzw. sozialer vs. kulturelle Linke mit einem anderen Blickwinkel zu entschärfen

fitierenden“, an Bedeutung aufsteigenden Schichten. Diese Teilung droht mit verschiedenen Spielarten des autoritären Nationalismus zu einer tatsächlichen klassenpolitischen Frontstellung zu werden.

Die Schwäche der sozialdemokratischen Variante liegt in der mangelnden Fähigkeit, die Interessenvertretung – nicht nur – vom technologischen Wandel bedrohter (Industrie)arbeit mit der Interessenvertretung „in der Wolke“ (Cloud) zu verzahnen. Wenn die „Souveränität der arbeitenden Klassen“ ebenfalls nur als Marktmacht der Ware Arbeitskraft gedacht und nicht mehr mit der Gestaltung des Arbeitsprozesses, der „Produktionsmacht“, verknüpft wird, dann wird dem völkisch-nationalen Projekt kein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt entgegengesetzt werden können. Deshalb wird die Erosion der Sozialdemokratie vermutlich fortschreiten, diese Repräsentationslücke bleiben und das Potential des Autoritarismus wachsen. Diese eher pessimistisch stimmende Erkenntnis könnte sich allerdings dem engen Blick auf die Arbeitswelt verdanken.

Bleibt man im Gedankenmodell der beiden Bewegungstypen, so richten sich solche Bewegungen zum Schutz der Gesellschaft ja auch gegen die überbordende Ökonomisierung des Immobilien- und Wohnungsmarktes oder des Gesundheitswesens. Diese Kämpfe richten sich unmittelbar gegen die Dominanz des Ökonomischen, sind weit weniger nationalistisch aufgeladen und offen für die transformatorische Frage, wie eine gute Gesellschaft eingerichtet sein sollte. Bei anhaltenden Schwäche der sozial-demokratischen, linken Kräfte geriete das Parteiensystem insgesamt in Gefahr, weil die national-autoritären Formationen nicht bereit sein werden, sich auf ein Demokratieverständnis einzulassen, in dem die demokratische Republik die Arena bildet, in der unterschiedliche Interessen ausgefochten werden. Damit steht die politische Linke vor der zusätzlichen Aufgabe, die parlamentarische Demokratie verteidigen zu müssen ohne sie damit als Instrument sozio-ökonomisch bedingter Klassenherrschaft zu rechtfertigen.

Z 117 (März 2019)

Kontrollverlust?

Krise der Parteien und sozialer Protest

Beiträge zum Schwerpunkt u.a. von Deppe, Azzarà, Dräger, Chwala, Collectif „Quantité critique“, Steinko, Kahrs, Leisewitz/Reusch/Wiegel/Zander, Spanenberg/Genschel, Dörre.

232 S., 10,- Euro. Inhalt, Editorial, Bezug über
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de